Schwarzwald: Foodwatch attackiert Schutzverband

Hersteller von Schinken in der Kritik

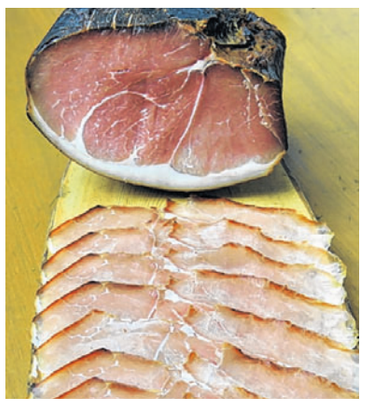
VILLINGEN-SCHWENNINGEN. Juristischer Streit um Schwarzwälder Schinken: Die Verbraucherorganisation Foodwatch wirft Mitgliedsunternehmen des Schutzverbands Schwarzwälder Schinkenhersteller Täuschung vor, weil lediglich einzelne Produktionsschritte im Schwarzwald erfolgen müssen, die Schweine aber überall auf der Welt gehalten und geschlachtet werden dürfen, wie ein Sprecher gestern mitteilte. „Die Herkunft des Fleisches muss transparent sein."

Der Schutzverband verlangte von Foodwatch die Abgabe einer Unterlassungserklärung. Die Organisation hatte erklärt, der Schinken könne „auch aus Timbuktu" stammen. Die Verbraucherorganisation gab die Erklärung aber nicht ab. Der in Villingen-Schwenningen ansässige Zusammenschluss von Schwarzwälder Schinkenherstellern erklärte, dass seit Jahren darauf hingewiesen werde, dass die Schweine aus zertifizierten EU-Betrieben stammten. Dem mündigen Verbraucher sei wohl bewusst, dass in den Tälern und Bergen der touristisch geprägten Region Schwarzwald Schweinezucht nur für den bäuerlichen Eigenbedarf betrieben werde.

Herkunftsillusion moniert

Der Schutzverband der Schwarzwälder Schinkenhersteller hatte laut Mitteilung 1997 die Initiative ergriffen, damit der Schwarzwälder Schinken als geschützte geografische Angabe europaweit geschützt wird. Danach seien sämtliche Produktionsschritte zur Herstellung des regionalen Produkts im Schwarzwald detailliert festgeschrieben. Dabei gibt es bislang eine Ausnahme: das Aufschneiden und Verpacken. Nach einer gerichtlichen Entscheidung müsse das zukünftig auch im Schwarzwald erfolgen.

Foodwatch kritisierte weiter: „Einige Hersteller von Schwarzwälder Schinken verstärken die Herkunfts-Ilussion, indem sie ihr Produkt mit Bollenhüten oder Schwarzwald-Trachten als regional bewerben." Sie machten sich dabei zunutze, dass sie die Herkunft des Schinken nicht kennzeichnen müssten. *lsw*



Schwarzwälder Schinken gilt als regionale Delikatesse. BILD: DPA

Nach friedlichem Beginn wurde die Polizei beim kurdischen Kulturfest auf dem Mannheimer Maimarkt am 8. September 2012 von einem Gewaltausbruch überrascht. BILD: DPA

Kurdenkrawalle: Innenausschuss diskutiert erneut über Gewaltausbruch beim Kulturfest in Mannheim

Polizei setzt auf das Internet

Von unserem Korrespondenten
Peter Reinhardt

STUTTGART. Die Probleme beim Polizeieinsatz gegen gewalttätige Kurden bei einem Kulturfest auf dem Mannheimer Maimarkt haben Konsequenzen. „Bei der Öffentlichkeitsarbeit müssen wir dringend was tun", sagte Landespolizeipräsident Wolf Hammann gestern im Innenausschuss des baden-württembergischen Landtags. Besonders geschulte Beamte sollen im Internet verbreitete Falschmeldungen schnell entkräften. „Optimierungsbedarf" sieht Hammann auch bei der Zusammenarbeit der Polizei mit der Staatsanwaltschaft sowie der Feuerwehr.

Nach friedlichem Beginn war die Polizei bei einem kurdischen Kulturfest mit rund 35 000 Teilnehmern auf dem Maimarktgelände am 8. September 2012 von einem Gewaltausbruch überrascht worden. Bei den mehrstündigen Auseinandersetzungen wurden 73 Beamte verletzt, zwei davon schwer. Unter den Teilnehmern zählte die Polizei zwei Verletzte. „Eine solche Gewalteskalation war nicht vorhersehbar", betonte Innenminister Reinhold Gall (SPD).

„Die Polizei hat einen guten Einsatz gemacht, sonst wäre die Zahl der Verletzten höher gewesen", sagte Gall. Die CDU-Abgeordneten Thomas Blenke und Matthias Pröfrock verwiesen auf Gewalttaten, die es im Vorfeld des Festes bei einem Marsch von 170 jungen Kurden von Straßburg nach Mannheim gegeben hat. „Es war bekannt, dass gewaltbereite Menschen auf dem Gelände waren", sagte Blenke. Seiner Ansicht nach handelte es sich um „Krawalle mit Ansage". Gall bewertete die Fragen in einer emotionalen Auseinandersetzung als unberechtigte Kritik.

Die Polizeiführung vertritt in ihren Bericht zum Einsatz die Auffassung, trotz der Ausschreitungen bei dem mehrtägigen Marsch habe es keinen Grund gegeben, das taktische Konzept zu ändern. So war ein Teil der 300 Beamten schon auf dem Heimweg, als die Ausschreitungen wegen der Beschlagnahmung einer verbotenen Fahne der Kurdenpartei PKK begannen. Am Ende waren 800 Polizisten notwendig, um die Lage wieder zu beruhigen.

Grün-Rot steht zu Polizeikonzept

Wie Gall lobten die Vertreter der Regierungsfraktionen den Polizeieinsatz. „Das war taktisch eine sehr gute Leistung", sagte der Grünen-Abgeordnete Ulrich Sckerl. Der CDU-Opposition warf er vor, sie habe im letzten Herbst die Polizei mit „maßloser Kritik" überzogen. Sckerl wies darauf hin, dass es sich bei dem Treffen um eine Kulturveranstaltung gehandelt hat. Für diesen Rahmen sei die Verhältnismäßigkeit gewahrt gewesen. Kurz und knapp fiel die Bewertung des SPD-Abgeordneten Nik Sakellariou aus: „Die Polizei hat sich genau richtig verhalten."

Leise Zweifel äußerte der FDP-Abgeordnete Ulrich Goll. Es gebe „keine vorwerfbaren Fehler" der Polizei. Allerdings habe es durchaus „warnende Anzeichen durch den Marsch" gegeben. Da stelle sich die Frage, warum alle Polizisten ihre Schutzkleidung im Auto hatten.

Als Konsequenz aus den Mannheimer Erfahrungen schlägt Hammann vor, bei solchen Großveranstaltungen den Informationsaustausch zwischen den Behörden zu verbessern. Dazu könnten Verbindungsbeamte benannt werden. Probleme habe es bei dem mehrtägigen Marsch von Straßburg bis Mannheim auch mit wechselnden Zuständigkeiten gegeben. Nun ist ein Gespräch mit dem Justizministerium geplant. Es soll eine Staatsanwaltschaft federführend sein.

Rund ein halbes Jahr nach den Krawallen ermitteln die Behörden noch gegen 482 Personen wegen Hinweisen auf Gewalttaten. 91 Beschuldige seien identifiziert, berichtete Gall. Die sieben Ermittlungsverfahren, die es zunächst gegen Polizisten gab, seien allesamt eingestellt.

Gall erklärt NSU-Ermittlungsgruppe im Landtag

- Im nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Innenausschusses berichtete Innenminister Reinhold Gall (SPD) über die Arbeit der Ermittlungsgruppe, die sich mit den Verbindungen des rechtsextremistischen NSU nach Baden-Württemberg beschäftigt. Die **zwölf Beamten hätten mittlerweile ihre Arbeit aufgenommen**, sagte ein Ministeriumssprecher.
- Zunächst will die neue Ermittlungsgruppe mit dem Namen „Umfeld" sich einen **Überblick über die Ermittlungen des Bundeskriminalamtes** und des Generalbundesanwaltes zum NSU-Komplex verschaffen. Den Rechtsterroristen Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe wird der Mord der Polizistin Michele Kiesewetter in Heilbronn angelastet.
- Gall geht davon aus, dass sich **neue Ansätze für Ermittlungen** ergeben. Die Kommission werde die Verbindungen umfassend ausleuchten. *pre*

IN KÜRZE

Wegner neuer VDK-Vize

MAINZ/LUDWIGSHAFEN. Der Sozialverband VdK hat einen neuen stellvertretenden Vorsitzenden bestimmt. Die Mitglieder des Landesverbandsvorstands und -ausschusses wählten Martin Wegner aus Ludwigshafen zum Vize-Chef, wie der VdK mitteilte. Der 45-jährige Jurist tritt die Nachfolge von Ernst Schimmel an, der am 20. Februar zurückgetreten war. Zuvor hatte es gegen Schimmel Vorwürfe wegen zu hoher Aufwandsentschädigungen gegeben. *lrs*

Gutes Beispiel gefordert

STUTTGART. Der CDU-Sozialflügel hat die baden-württembergische Landesregierung in der Debatte um eine Nullrunde für Beamte aufgefordert, mit gutem Beispiel voranzugehen. „Die Ministergehälter der Landesregierung sollten bis zum Jahr 2016 um zehn Prozent jährlich gekürzt werden", schlug CDA-Landeschef Christian Bäumler vor. Wenn Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) Einsparungen beim Personal für nötig halte, solle er sich die französische Regierung zum Vorbild nehmen. *lsw*

AUFGELESEN

Vor Wut hat ein 38-Jähriger in Kaiserslautern sein **Auto gegen einen Baum gesetzt**. „Seinen Ausraster begründete er damit, dass seine Frau einen neuen Freund habe", berichtete die Polizei. Der Mann hatte seine Verflossene am Telefon gebeten, aus dem Fenster zu schauen. Als die 34-Jährige auf den Balkon trat, fuhr er seinen Wagen auf dem Parkplatz gegen einen Baum. *lrs*

Fünfter Korruptionsverdacht

FREIBURG. Nach dem fünften Verdachtsfall von Korruption in der Polizeidirektion Freiburg innerhalb von zwei Jahren haben Polizei und Staatsanwaltschaft vor einer Überinterpretation gewarnt. „Es gibt kein strukturelles Problem", betonte Polizeipräsident Bernhard Rotzinger. Vor wenigen Tagen war ein 41 Jahre alter Freiburger Polizeibeamter vom Dienst suspendiert worden. Er steht im Verdacht, wiederholt Termine von Razzien im Freiburger Rotlichtmilieu vorab an die Verantwortlichen verraten zu haben. *lsw*

Busunfall nach Hustenanfall

DAHN. Eine Hustenattacke und der Schwächeanfall einer Busfahrerin haben in Dahn im Kreis Südwestpfalz einen Unfall mit drei Verletzten ausgelöst. Die Fahrerin sei wegen des Anfalls mit dem Bus von der Fahrbahn abgekommen, erst gegen eine Mauer und dann gegen einen Baum gekracht, so die Polizei. *lrs*

Energie: Neue Internetseite des Stuttgarter Umweltministeriums will Entscheidungshilfe bieten

Atlas der besonderen Art

Von unserem Korrespondenten
Michael Schwarz

STUTTGART. Wo lohnt es sich, ein Windrad aufzustellen? Auf welchen Dächern können Solarzellen befestigt werden? Diese Fragen will die baden-württembergische Landesregierung auf einer neuen Internetseite beantworten. Umweltminister Franz Untersteller (Grüne) hat sie gestern in Stuttgart vorgestellt. Die Seite trägt den etwas sperrigen Namen „Potenzialatlas für erneuerbare Energien" und soll die Energiewende im Land vorantreiben.

Laut Untersteller will die Landesregierung an dem Ziel festhalten, bis 2020 knapp 38 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien zu realisieren. Davon soll die Windkraft zehn Prozent ausmachen, die Sonnenenergie elf. Die restlichen Anteile möchte man durch Biomasse, Wasserkraft und in geringeren Anteilen durch Geothermie hinzugewinnen.

Wenig Windkraft im Südwesten

Wegen des schleppenden Ausbaus der Windenergie im Südwesten wurde die grün-rote Landesregierung zuletzt kritisiert. Doch Untersteller wollte sich an der Diskussion nicht weiter beteiligen. „Der Eindruck, dass wir bei der Windenergie nicht vorankommen, ist falsch", erklärte der Minister gestern. Mit der Änderung des Landesplanungsgesetzes habe man 2012 die Grundlage gelegt. „Wir mussten erst die Verhinderungsplanung der Vorgängerregierung beseitigen", wetterte Untersteller in Richtung der schwarz-gelben Vorgängerregierung. „Ich rechne 2014 mit einem Bauboom bei Windrädern."

Aktuell gibt es in Baden-Württemberg rund 400 Windkraftanlagen. Sie stehen vor allem im Nordosten, im Schwarzwald und auf der Schwäbischen Alb. Im Vergleich mit anderen Bundesländern schneidet Baden-Württemberg bei der Windkraft eher schlecht ab.

Wer den Energieatlas aufruft, braucht eine gute Datenverbindung. Sollte die nicht vorhanden sein, ist viel Geduld gefragt. Auf der Internetseite kann man sich zeigen lassen, wo zwischen Wertheim und Konstanz potenzielle Standorte für Windkraftanlagen sind. In der Metropolregion Rhein-Neckar gibt es allenfalls im Nordosten zwischen Weinheim und Heidelberg einige Gebiete, die als „bedingt geeignet" deklariert sind.

Die Opposition übte Kritik. „Minister Untersteller lenkt mit der Präsentation einer schicken Web-Anwendung vom eigentlichen Thema ab", moniert der energiepolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Paul Nemeth. Sein Amtskollege aus der FDP, Andreas Glück, äußerste sich ähnlich. Untersteller baue „Luftschlösser, anstatt Lösungsansätze zu liefern".

Mehr Informationen unter www.potenzialatlas-bw.de

Hier werden die Solarmodule einer großflächigen Anlage montiert. BILD: DPA

Luftverkehr: Hessen und Rheinland-Pfalz streiten über Vorgehen

Lärmschutz entzweit Mainz und Wiesbaden

Von dpa-Korrespondent
Marc-Oliver von Riegen

MAINZ/WIESBADEN. Ein gemeinsames Vorgehen von Hessen und Rheinland-Pfalz gegen den Fluglärm vom Frankfurter Flughafen ist noch immer nicht in Sicht. Nach einem neuen Anlauf von Hessens FDP-Verkehrsminister Florian Rentsch stellt die rot-grüne Regierung von Rheinland-Pfalz Bedingungen auf, damit es doch noch zu einer Initiative beider Länder im Bundesrat kommen kann. Das Vorgehen stößt bei den Liberalen in Wiesbaden auf Gegenwind.

Nach Ansicht des Mainzer Umweltministeriums greift der hessische Kompromissvorschlag zu kurz. Umweltstaatssekretär Thomas Griese (Grüne) forderte, dass der Lärmschutz beim Planen von Flugrouten ein Kriterium sein muss. Hessen wolle nur auf einen „besseren Lärmschutz" hinwirken. Außerdem müsse ein Schutz der Nachtruhe zwischen 22.00 und 6.00 Uhr angestrebt werden, verlangte Griese. Dies sei bisher unklar. Die Bürger will der Grünen-Politiker stärker bei der Planung mitmachen lassen. Rentsch hatte vorgeschlagen, hierbei die Pläne des rot-rot regierten Brandenburgs zu verwenden – sie reichen Rheinland-Pfalz nicht.

Der hessische FDP-Verkehrspolitiker Stefan Müller sprach von „grüner Blockade". Die Forderungen, das Nachtflugverbot auszuweiten und die Bürger auch bei Sicherheitsfragen von Flugrouten zu beteiligen, seien unrealistisch. „Wir fordern, dass die rheinland-pfälzische SPD ihren Koalitionspartner endlich in die Schranken weist", teilte er gestern in Wiesbaden mit. Der SPD-Abgeordnete Gernot Grumbach warf der schwarz-gelben Landesregierung von Hessen vor, sie plane einen Alibiantrag als „Placebo" im Wahljahr.

Hessen und Rheinland-Pfalz hatten sich vorher schon nicht auf eine gemeinsame Initiative in der Länderkammer einigen können. Anfang März brachten beide Länder sowie Brandenburg eigene Vorschläge im Bundesrat ein. Danach hatte Rentsch angeboten, aus dem rheinland-pfälzischen Entwurf Beschränkungen für Kunstflüge und aus dem brandenburgischen die Pläne zur Bürgerbeteiligung zu übernehmen.

Stuttgart 21

Kritik an Grube und Ramsauer

BERLIN. Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) und Bahnchef Rüdiger Grube wurden nach ihrem gestrigen Besuch beim Haushaltsausschuss des Bundestags wegen mangelnder Informationen über die Mehrkosten für das Bahnprojekt S 21 kritisiert. Der Grünen-Abgeordnete Sven-Christian Kindler bemängelte, dass beide nur mündlich berichtet hätten. Er forderte die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung ein, die auch der Aufsichtsrat erhalten habe. Im Ausschuss hatte Ramsauer von zwei Milliarden Euro berichtet, die der Bahn-Aufsichtsrat abgesegnet hatte. „Ich glaube, es war ausgesprochen gut, dass wir die Chance wahrgenommen haben, dass der Haushaltsausschuss die Zusammenhänge noch besser erklärt bekommen hat und damit auch verstanden hat", so Grube. *lsw*